

Stadterneuerung in Prenzlauer Berg,
Weißensee und Pankow



Vor Ort

15. Jahrgang, April 2006



Wahrzeichen	Bürgerparktor wird saniert	08
Warnzeichen	Künstler verlieren Ateliers	10
Warenzeichen	Theater am Pappelfriedhof	16

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe im Fall ihrer Veröffentlichung zu kürzen.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen.

Die mit dem Namen des Autors gekennzeichneten Beiträge geben nicht immer die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

Bürger-sprechstunde

Der Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Martin Federlein, bietet am Dienstag, dem 18. April, von 15 bis 17 Uhr in der Darßer Straße 203 eine Bürgersprechstunde an. Voranmeldung unter ☎ 90 29 58 553 oder per Email: martin.federlein@ba-pankow.verwalt-berlin.de.

Bürgerverein Gleimviertel

Sprechzeiten: jeden dritten Dienstag von 19 bis 20 Uhr in der Gleimstraße 46; ☎ 44 12 459, Email: bvvorstand@gleimviertel.de.

BSR-Recyclinghof

Ortsteil Prenzlauer Berg: Behmstraße 74*
Ortsteil Heinersdorf: Asgardstraße 3
jeweils Montag bis Freitag 9 bis 19 Uhr; Samstag 7 bis 14.30 Uhr
*Stationäre Schadstoff-Aannahmestelle

»Vor Ort« im Internet

Die Zeitschrift »Vor Ort« kann auch als PDF-Datei unter der Adresse www.mieterberatungpb.de heruntergeladen werden.

Beratung zu Baugemeinschaften

Die Gesellschaft S.T.E.R.N. bietet in den Sanierungsgebieten in Prenzlauer Berg Beratung zum Thema Baugemeinschaften an. Dies betrifft die Bildung von Baugemeinschaften, Informationen zur Planung und Realisierung, zu ökologischen Bausteinen eines Hausprojekts sowie zu Fragen in allen Belangen des Sanierungsrechts.

Kontakt:
S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH
Christiane Hannemann
☎ 44 36 36 36,
hannemann@stern-berlin.de
Christoph Speckmann
☎ 44 36 36 46,
speckmann@stern-berlin.de

KunstMaiMeile in Pankow 2006

Nach 2004 organisiert die Betroffenenvertretung des Sanierungsgebiets Wolankstraße zum zweiten Mal ein Kunstfest in der Florastraße. Im Rahmen der »Refugien 9« wird am 13. Mai von 14 bis 20 Uhr das Projekt Kunst statt Leerstand rund um die Florastraße präsentiert. Die Vernissage ist bereits am 12. Mai, 19 Uhr in den Räumen der Betroffenenvertretung in der Florastraße 74. »Wir wollen mit dieser Aktion an die Erfolge der KunstMeile 2004 und des Festes »Trommeln für Pankow« anknüpfen«, erklärt der Beauftragte für Kultur und Medien der BV, Wolfgang K. Albrecht-Schoeck. Mehr als 70 Künstlerinnen und Künstler aus 21 Nationen belebten vor zwei Jahren das von Ladenleerstand geprägte Quartier

nachhaltig. Auch in diesem Jahr werden wieder interessierte Vermieter und Nutzer gesucht. Albrecht-Schoeck ist unter ☎ 49 90 72 29 oder ☎ 0160 94 57 81 34 zu erreichen.

Zeitzeugen gesucht

Für eine Rechercheprojekt des Museumsverbunds Pankow in Kooperation mit dem Böhling-Gymnasium zum Schicksal jüdischer Kinder und Jugendlicher aus Weißensee während der Nazizeit werden Zeitzeugen und Dokumente gesucht. Wer erinnert sich an ehemalige jüdische Mitschülerinnen und Mitschüler der Jahrgänge 1920 bis 1932? Wer besitzt Klassenfotos oder andere Dokumente? Wer kann über die Situation und das Schicksal von den Nazis verfolgter jüdischer Kinder und Jugendlicher berichten?

Eine 11. Klasse des Böhling-Gymnasiums will im Rahmen des Projekts den Alltag jüdischer Kinder und Jugendlicher, ihre Ausgrenzung sowie ihr Schicksal nach der Deportation bzw. ihr Überleben im Versteck oder durch Ausreise untersuchen.

Kontakt unter:
☎ 48 14 047 oder
☎ 90 29 53 917.

Hofbegrünung wird gefördert

Das Amt für Umwelt und Natur richtet im Rahmen des 100-Höfe-Programms in den sieben Sanierungsgebieten und den zwei ehemaligen Quartiersmanagementgebieten des Be-

zirks auch in diesem Jahr einen Wettbewerb zur Förderung von Hofbegrünungsmaßnahmen aus. Hauseigentümer, Mieter bzw. Mietergemeinschaften, Selbsthilfe- sowie Mietergenossenschaften und Kiezvereine können ihre Konzepte bis zum 15. September 2006 einreichen. Die sechs besten werden mit einem Höchstbetrag von je 1.200 Euro gefördert.

Bislang sind 26 Höfe mit Mitteln aus dem 1999 vom Bezirksamt beschlossenen 100-Höfe-Programm begrünt worden. Die Wettbewerbsunterlagen sowie weitergehende Informationen sind bei der S.T.E.R.N. GmbH, Frau Schröder, ☎ 44 36 36 30, erhältlich.

Zuwendungen für freie Träger

Freie Träger der Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk Pankow können ab sofort ihre Anträge auf Zuwendungen durch das Bezirksamt im Haushaltsjahr 2007 stellen. Die Unterlagen müssen bis Montag, dem 15. Mai 2006, bei der Abteilung Jugend, Schule und Sport (Fachbereich Allgemeine Förderung junger Menschen und Familien), Danziger Straße 81, 10405 Berlin eingehen.

Neben dem Antrag sowie einem Finanzierungs- und Haushaltsplan sind Jahresprojektplanung, Konzeption, Stellenplan, der aktuelle Freistellungsbescheid des Finanzamts, die Satzung des Trägers und der Vereinsregisterauszug einzureichen. Weitere Informationen sind bei Frau Doering unter ☎ 90 29 53 655 erhältlich.



© Hartmut Seefeld

Im Süden des stillgelegten Pankower Güterbahnhofs können laut Zentrenkonzept 20.000 m² Einzelhandelsfläche entstehen.

BW billigt Zentrenkonzept

Bezirk will Ansiedlung großflächigen Einzelhandels steuern Von Albrecht Mollé

Das Anfang Dezember vom Bezirksamt beschlossene Zentrenkonzept des Bezirks Pankow wird von der Bezirksverordnetenversammlung mitgetragen. Das beschloss die große Mehrheit der Verordneten am 1. März auf Antrag des Ausschusses für Stadtentwicklung, der an der Erarbeitung des Strategiepapiers beteiligt war. Ausschussvorsitzender Thomas Goetzke (Linkspartei.PDS) sprach von einem Pilotprojekt, mit dem sich die BVV identifiziere, um ihm zusätzliches Gewicht zu verleihen. Das Zentrenkonzept ist als wichtige Entscheidungsgrundlage für die Ansiedlung großflächigen Einzelhandels und die Stärkung der beiden Hauptzentren Schönhauser Allee und Breite Straße sowie der insgesamt 16 Ortsteil-, Stadtteil- und Fachmarktzentren im Bezirk gedacht. Rechtliche Basis ist der geänderte Paragraph 34 des Baugesetzbuchs, wonach neue größere Vorhaben nur dann genehmigungsfähig sind, wenn von ihnen »keine schädlichen Auswirkungen auf zentrale Versorgungsbereiche in der Gemeinde oder in anderen Gemeinden zu erwarten sind«. Diese seit Anfang 2005 geltende Bestimmung

ist nun auch in unserem Bezirk maßgebliches Kriterium für die Bewertung konkreter Ansiedlungsvorhaben. Gegen den BVV-Beschluss, das Zentrenkonzept zu unterstützen, stimmte nur die dreiköpfige FDP-Fraktion. Deren Vorsitzender Frank Emrich monierte u. a., dass damit die Ansiedlung von Gewerbe- sowie großflächigen Einzelhandelsbetrieben auf dem 35.000 m² großen Gelände des 1997 stillgelegten Rangierbahnhofs Pankow an der Granitzstraße verhindert werden solle.

Kommunale Bestände schrumpfen

Das wochenlange Hickhack in Senat und Abgeordnetenhaus um die Frage, wieviele Wohnungen die städtische Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) demnächst verkaufen darf, um die ihr drohende Insolvenz abzuwenden, hat auch in der BVV Pankow zu besorgten Anfragen geführt. So wollte der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Andreas Otto, wissen, welche landeseigenen Wohnungsunternehmen in unserem Bezirk präsent sind und wie das Bezirksamt die Gefahr beurteilt, dass weitere kommu-

nale Bestände bzw. ganze Gesellschaften an ausschließlich renditeorientierte Verwertungsfonds verkauft werden. Der Bezirksstadtrat für Umwelt, Wohnen und Bürgerdienste, Matthias Köhne (SPD), teilte mit, dass fünf der sechs städtischen Unternehmen, die insgesamt noch über ca. 275.000 Wohnungen verfügen, in unserem Bezirk zurzeit 31.660 Wohnungen besitzen. Davon entfallen 18.409 auf die Gesobau und 12.264 auf die Gewobag, zu der auch die Wohnungsbaugesellschaft Prenzlauer Berg (WIP) gehört. Der Degewo gehören 895, der Howoge 68 und der WBM 24 Wohnungen. Auf Veräußerungen an private Investoren habe der Bezirk zwar keinen Einfluss, sie dürften aber auf keinen Fall dazu führen, dass Bestandsmieter ihre Wohnung aufgrund überteuerter Modernisierungen verlieren, erklärte Köhne. Wichtig sei auch, dass das vom Senat angekündigte Gesamtkonzept zur dauerhaften Sicherung der landeseigenen Wohnungsbestände endlich auf den Tisch kommt.

Verkehrskonzept »Bremer Höhe«

Das Bezirksamt will einige Anregungen aus dem vor Jahresfrist von einer Arbeitsgruppe der Wohnungsbaugenossenschaft »Bremer Höhe« vorgelegten Verkehrskonzept für das Wohnquartier zwischen Schönhauser Allee und Pappelallee berücksichtigen. Das hat der Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Martin Federlein (CDU), der BVV in einem Schlussbericht zu diesem Thema mitgeteilt. Er folgte damit einem Ersuchen, das die BVV Mitte Dezember an das Bezirksamt gerichtet hatte. So sollen in Einklang mit der vom Bezirksamt beabsichtigten Präzisierung der Verkehrsziele in den Sanierungsgebieten von Prenzlauer Berg in dem im Sanierungsgebiet Helmholtzplatz gelegenen Quartier u. a. in Straßenübergangsbereichen Gehwegvorstreckungen gebaut und Bürgersteigkanten rollstuhlgerecht abgesenkt werden. Damit werde sich die Verkehrssicherheit vor allem für Schulkinder und ältere bzw. behinderte BewohnerInnen weiter erhöhen. Außerdem sei die Reparatur von Gehwegen und die Aufstellung von Fahrradbügeln vorgesehen.

Politik dicht am Bürger

Jens-Holger Kirchner: »Wo Pankow draufsteht, ist weitaus mehr drin.«

Seit Januar 2001 gibt es den neuen Großbezirk Pankow, entstanden aus den drei ehemaligen Bezirken Pankow, Weißensee und Prenzlauer Berg. Im Herbst desselben Jahres wurden Sie zum Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung gewählt. Wie hat sich aus Ihrer Sicht der neue Bezirk seit der Fusion entwickelt?

Die tiefgreifenden politischen Auseinandersetzungen im Rahmen des Fusionsprozesses waren bei meiner Wahl zum Vorsteher der BVV Pankow zwar schon abgeklungen, aber noch längst nicht ad acta gelegt. Die drei ehemaligen Bezirke waren ein zu ungleiches Dreigestirn, als dass starke Reibungen auf der politischen Ebene ausbleiben konnten. Der damalige Start nach den Neuwahlen, ich erinnere an die Vielzahl der außerordentlichen BVV-Tagungen zur Wahl des Bezirksbürgermeisters und der Stadträte, war sehr konfliktbeladen. Trotzdem ist es nicht nur gelungen, ein handlungsfähiges Bezirksamt zu wählen, sondern seitdem auch wichtige Entwicklungen im Bezirk zu

befördern. Es bleibt aber noch ein langwieriger Prozess, bis die verschiedenen politischen Kulturen, die sich in den einstigen Bezirken herausgebildet haben, in einer neuen, gemeinsamen Herangehensweise aufgehen. Wo heute Pankow draufsteht, ist eben weitaus mehr drin.

Am 17. September dieses Jahres werden in Berlin nicht nur die Mitglieder des Abgeordnetenhauses neu gewählt, sondern auch die Bezirksverordneten. Haben Sie die Hoffnung, dass die Parteien die Gelegenheit nutzen, entsprechend unbefangene Kandidaten zu nominieren?

Die Hoheit über eine Kandidatenliste liegt ausschließlich bei den jeweiligen Parteien. Diese Listen habe ich als Vorsteher der BVV auch nicht zu kommentieren. Aber natürlich weiß jeder, der Erfahrungen in der Kommunalpolitik hat, dass eine gute Mischung aus erfahrenen und jungen Kandidatinnen und Kandidaten sehr sinnvoll erscheint. Die BVV ist ein wichtiges Gremium für aufstrebende Jungpolitiker, hier können sie sich erste Sporen verdienen. Andererseits braucht es immer auch erfahrene Mitstreiter, schon allein deshalb, weil diese sich in der Regel überall bestens auskennen. Auch solche Dinge waren in den vergangenen fünf Jahren Teil des Lernprozesses. Verordnete aus Prenzlauer Berg mussten sich plötzlich für das Stadtgut Blankenfelde interessieren, und Weißenseer Verordnete hatten sich intensiv mit der Privatisierung einer Schule im Szeneviertel an der Kastanienallee zu beschäftigen. Aber genau das hat die BVV insgesamt, ungeachtet der unterschiedlichen parteipolitischen Positionen, auch enger zusammenrücken lassen. Und das werde ich als Erfolg.

Auch auf andere Weise kann die BVV für die Jugend attraktiv werden. Erstmals sind die 16 und 17jährigen Pankowerinnen und Pankower aufgefordert, ihr Kreuz auf der BVV-Liste hinter der Partei oder Gruppierung ihrer Wahl zu

machen. Welche Angebote will die BVV dieser Wählergruppe unterbreiten?

In unserem Bezirk wird es insgesamt ca. 225.000 Wahlberechtigte geben, 6.500 Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren kommen dazu. Unterstellen wir eine ähnliche Wahlbeteiligung wie bei den über 18jährigen, werden wohl 4.000 bis 4.500 jugendliche Wählerinnen und Wähler aus Pankow ihre Stimme auf dem BVV-Wahlzettel abgeben. Das ist keine besonders hohe Zahl. Sie wird aufgrund der demografischen Entwicklung in den kommenden Jahren auch noch weiter sinken. An den Wahlen zum Abgeordnetenhaus können sie ohnehin nicht teilnehmen, und auch das passive Wahlrecht für die BVV haben sie nicht. Trotzdem hat diese erstmalige Teilnahme einen hohen symbolischen Wert, so dass ich davon ausgehe, dass die politischen Wettbewerber sich überdurchschnittlich stark um diese Wählergruppe kümmern werden. Es gibt genug Dinge, die für Jugendliche interessant sind, seien es Praktikumsplätze oder das Schulesen, der Zustand der Schulen oder die Angebote in den Jugendfreizeiteinrichtungen des Bezirks. Von Interesse sind Jobmöglichkeiten für Schüler, aber auch der Nahverkehr. Das sind alles klassische lokalpolitische Themen. Bei den Planspielen für Kommunalpolitik wie auch bei den Besuchen von Schulklassen in der BVV selbst werden diese Themen immer wieder angesprochen.

Seit 2005 gibt es in Berlin die Möglichkeit, mittels eines Bürgerbegehrens bzw. des sich anschließenden Bürgerentscheids Entscheidungen unabhängig von den als Stellvertreterdemokratie titulierten Institutionen zu befördern. Bedeutet dieses bürgernahe Instrument eine Schwächung der BVV?

Daran sei erinnert: In Pankow gibt es bereits diverse Möglichkeiten der aktiven Teilhabe an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen. Sie werden auch aktiv genutzt. Deshalb sehe ich auch keine Schwächung der BVV, sondern eine Stärkung der Bürgerrechte, die ich ausdrücklich begrüße. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide haben meines Erachtens wenig Schnittstellen mit den

Zur Person



Jens-Holger (Nilson) Kirchner (46), Bündnis90/Die Grünen; Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow seit November 2001; Tischler von 1978 bis 1990; Erzieherstudium 1990/91; Geschäftsführer des Netzwerks Spiel/Kultur in Prenzlauer Berg; bis 2001 in verschiedenen Positionen in der Kinder- und Jugendhilfe tätig; Teilhaber einer Buchhandlung; seit 1990 Bezirksverordneter in Prenzlauer Berg.



©Hartmut Seefeld

Sanierungsbedürftige Kita am Wasserturm. Ohne Fördergelder werden Investitionen in die Infrastruktur viel schwieriger.

Tagesaufgaben einer BVV, sind aber in grundsätzlichen Fragen durch ihren Befragungscharakter ein wichtiges Kommunikationsinstrument zwischen Vertretungskörperschaft, Verwaltung und Bevölkerung. Dennoch sollten Bezirksamt und BVV aber immer jene Institutionen bleiben, wo die Entscheidungen letztlich getroffen werden, auch weil sie für ihre Entscheidungen und die daraus resultierenden Konsequenzen dann ganz konkret in Verantwortung genommen werden können.

Der erste Versuch eines Bürgerbegehrens in unserem Bezirk, es ging um die weitere Sanierung des Wasserturmplatzes in Prenzlauer Berg, scheint bereits gescheitert, bevor er überhaupt richtig zum Zuge kam. Der Bezirksstadtrat für Umwelt und Natur, Matthias Köhne, setzte die mit Anwohnern zum Schluss sehr intensiv diskutierte Neugestaltung mit Unterstützung der BVV und gegen die Akteure des Bürgerbegehrens durch. Ist das nicht auch ein Konflikt zwischen BVV und Bürgern?

Natürlich haben Anwohner das Recht, die Umgestaltung einer Grünanlage zum Anlass eines Bürgerbegehrens zu machen. Ob aber ein so lokal begrenztes Ereignis, wie es die Gestaltung eines Platzes nun mal ist, tatsächlich auch ein geeigneter Gegenstand ist, darf zumindest bezwei-

felt werden. Immerhin sind dafür zunächst über 8.000 Stimmen ausschließlich aus dem Bezirk notwendig, in der zweiten Etappe werden dann sogar über 40.000 Stimmen aus Pankow für den angestrebten Erfolg benötigt.

Die Planung, die jetzt umgesetzt wird, ist ja längst schon ein Kompromissprodukt, das mit Anwohnern in diversen Workshops ausgehandelt wurde. Auch die Akteure des Bürgerbegehrens haben im Vorfeld wesentlich dazu beigetragen, dass es überhaupt zu einem Kompromiss kam und auch deutlich weniger Baumfällungen stattgefunden haben als ursprünglich vorgesehen. Um Entscheidungen zur Gestaltung des Wasserturmplatzes zu beeinflussen, hätte es meines Erachtens gar keines Bürgerbegehrens bedurft, denn, daran sei erinnert, die Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger in der BVV und ihren Ausschüssen sind sehr groß. Mit einer eigenen Antragsidee für die BVV ist bei mir niemand vorstellig geworden.

Im Nachbarbezirk Lichtenberg wird Bürgerbeteiligung noch auf einer ganz anderen Ebene probiert. Dort praktiziert man jetzt einen Bürgerhaushalt als Modellprojekt. Geld aus dem Bezirkshaushalt sollen Bürgergremien, unabhängig von der BVV und ihren Ausschüssen, in eigener Hoheit für Investitionen verteilen

können. Ist so ein Parallelhaushalt tatsächlich eine gute Idee?

Wir verfolgen das Vorhaben dort sehr interessiert. Es ist ja nicht umsonst ein Modellprojekt, warten wir also ab, welche Erfahrungen dort gemacht werden. Auf die Auswertung sind wir in der BVV sehr gespannt. Man sollte auch die Erwartungen an einen solchen Bürgerhaushalt nicht zu hoch hängen, denn nur ein sehr geringer Teil des Bezirkshaushalts, der in Pankow insgesamt rund 500 Millionen Euro jährlich umfasst, kann für solche Dinge zur Verfügung gestellt werden. Wenn aber ein Bürgerhaushalt dazu beitragen kann, eine intensivere Beteiligung der Bürger an der Haushaltspolitik des Bezirks, ein größeres Engagement für das Gemeinwesen zu erreichen, kann es nur recht sein.

Worin werden die größten Herausforderungen nach den Wahlen im September für die neue BVV bestehen?

Ganz oben auf der Agenda steht die Entwicklung und Sicherung der kommunalen Infrastruktur. Aufgrund der komplizierten Haushaltssituation in Berlin wie eben auch in Pankow wird es immer schwieriger, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Galerien, Bibliotheken, die Musikschule, Seniorenfreizeittreffs und Kulturhäuser weiterhin und vor allem auf qualitativ gutem Niveau zu betreiben oder in Kooperation betreiben zu lassen. Dann werden wir uns mit dem Investitionsstau auseinandersetzen müssen. Immer weniger Geld wird ja aufgrund der desolaten Haushaltssituation in Kindertagesstätten, Straßen, Spielplätze oder Grünanlagen investiert. Das wird sich bald rächen. Und auch die Personalausstattung der Verwaltung wird noch weiter reduziert werden müssen. Hier ist allerdings die Frage zu beantworten, ob wir das auch für den Preis einer Reduzierung der Dienstleistungen wollen. Zudem steht in der kommenden Wahlperiode der Beginn der Aufhebung der sieben Sanierungsgebiete ins Haus. Keiner weiß heute genau zu sagen, welche Konsequenzen das haben wird.

Das Gespräch führte Hartmut Seefeld.

Anspruch und Realität

Von Jens Lambert, Mitglied der Betroffenenvertretung Helmholtzplatz

»Die aktive Mitwirkung der Bürger fördert die Identifikation mit ihrem Stadtquartier. Die Beteiligung und die Mitwirkung der Betroffenen trägt auch zum Erfolg und zur Akzeptanz der Erneuerung nachhaltig bei, deshalb gewährleistet und unterstützt Berlin die Einrichtung von Betroffenenvertretungen (BVen). Dabei sind regelmäßige Information und Öffentlichkeitsarbeit Voraussetzung für einen konstruktiven Dialog.« So steht es schwarz auf weiß in den neu gefassten »Leitsätzen zur Stadterneuerung für die Sanierungsgebiete in Berlin«, die der Senat am 1. Februar 2005 zustimmend zur Kenntnis nahm. Würden Sie diese Sätze unterschreiben? Ich schon, und zwar ungeachtet der Erfahrungen, die ich in meiner über dreijährigen ehrenamtlichen Tätigkeit als Sprecher der Betroffenenvertretung des Sanierungsgebiets Helmholtzplatz gesammelt habe. Denn in der Realität ist Betroffenenbeteiligung oft nicht das, was sie verheißt. Hier zwei Beispiele, die sich mit meinen Erfahrungen decken:

Im Sanierungsgebiet Wollankstraße moniert der Sprecher der BV, Wolfgang Albrecht-Schoeck, dass »der Sanierungsbeauftragte des Landes Berlin und die Sanierungsverwaltungsstelle des Bezirksamts nicht die gleiche Ernsthaftigkeit bei der Einbeziehung der BV in die Planungen an den Tag legen wie die Betroffenenvertretung«. Und im Sanierungsgebiet Kollwitzplatz kam es zu einem Konflikt innerhalb der BV, da deren ehemaliger Sprecher Matthias Aberle mit dem verspäteten Informationsfluss zu den geplanten Baumaßnahmen auf dem Wasserturmgelände nicht einverstanden war. »Die Konturen des Platzes wurden vom Amt festgelegt. Es bestand nie die Möglichkeit, die Planungen zu den Konturen zu verändern. Nachdem ein erstes Bürgerbegehren zu diesem Thema u. a. aus formalen Gründen abgelehnt wurde, hat die Bürgerinitiative Wasserturmplatz nun ein zweites Bürgerbe-

gehren beantragt«, sagt Aberle.

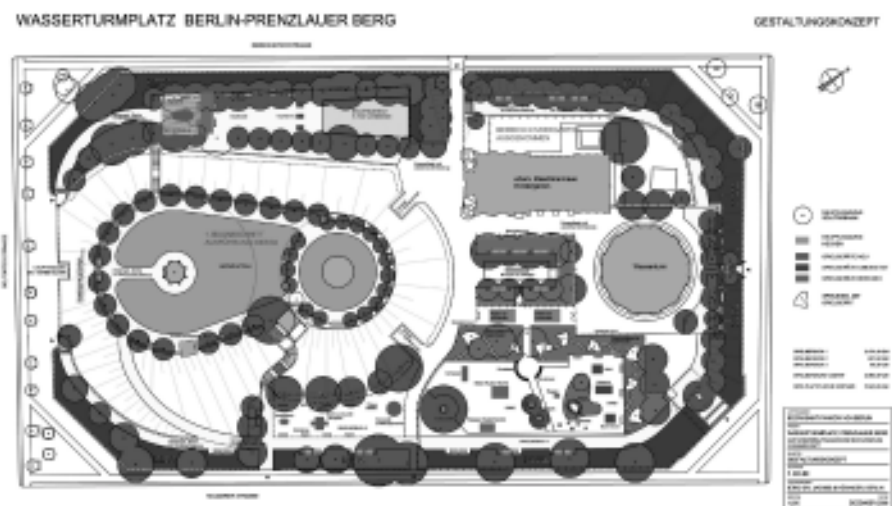
Die fehlende Akzeptanz der BVen durch die zuständigen Behörden führt bei Betroffenenvertretern nicht selten zu Resignation und zum Rückzug. Das lässt sich auch daran ablesen, dass in der Mehrheit der BVen die zur Beschlussfähigkeit erforderliche Zahl der gewählten Vertreter nicht mehr erscheint. So sind in der BV Helmholtzplatz nur noch höchstens sechs der einst 20 gewählten Mitglieder anwesend. In der BV Kollwitzplatz sitzt in der Regel nur noch die Hälfte der gewählten VertreterInnen regelmäßig zusammen, und in der BV Bötzowstraße sind es zurzeit nur zwei.

Widersprüchliche Entscheidungen

Die Ausführungsvorschriften des Landes Berlin zur Beteiligung und Mitwirkung der Betroffenen an städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen vom 19. April 1995 (AV BauGB-San) sind zwar im Mai 2005 fristgemäß außer Kraft getreten, werden aber in den meisten Bezirken, auch in Pankow, weiterhin als Handlungsgrundlage angesehen. Folgerichtig lud der Bezirksstad für Stadtentwicklung, Martin Federlein,

im Januar 2006 unter ausdrücklicher Berufung auf diese AV zur Neuwahl der BV im Komponistenviertel ein. Weniger folgerichtig handelte das Bezirksamt dagegen, als es mir als damaligem Sprecher der BV Helmholtzplatz im Juli 2005 die durch die AV klar geregelte Einsicht in Sanierungsakten »wegen fehlender Rechtsgrundlagen« verwehrte. Und noch weniger entspricht es den AV, dass das Bezirksamt nach Feststellen der Beschlussunfähigkeit einiger BVen keine sofortigen Neuwahlen ausschreibt. Auch die Bestimmung, wonach im Sanierungsgebiet turnusgemäß alle drei Jahre Neuwahlen der BV durchzuführen sind, wird ignoriert. Der Gipfel der Inkonsequenz ist jedoch, am 18. Januar 2006 auf Grundlage der AV eine neue Betroffenenvertretung im Komponistenviertel wählen zu lassen und mit Schreiben vom 6. Februar einem Bürger, der drei Monate nach Ablauf der Wahlperiode die Neuwahl der BV Helmholtzplatz beantragt hatte, mitzuteilen, dass dies nicht möglich sei, da die AV nicht mehr gelte!

Bürgerschaftliches Engagement und dessen Förderung durch Beteiligung bleibt weiterhin das Ziel vieler Betroffenenvertreter. Um es auch gegen Widerstände durchzusetzen, ist das Engagement möglichst vieler BürgerInnen notwendig. Besuchen Sie uns in den Kiezläden und Betroffenenvertretungen in Ihren Sanierungsgebieten. Die Adressen finden Sie auf der Seite 19 in jeder Ausgabe von »Vor Ort«.



Der Planungsentwurf für die Neugestaltung des Wasserturmplatzes wird von einigen Anwohnern weiterhin abgelehnt.

Post aus Pankow

GSW wurde zum Gespräch ins Bezirksamt eingeladen **Von A. Molle**

In der GSW-Zentrale in der Kochstraße in Berlin-Kreuzberg ist Mitte März ein Schreiben des Pankower Bezirksstadtrats für Stadtentwicklung, Martin Federlein, eingegangen. Darin wird der Geschäftsführung des vor zwei Jahren vom Senat an die US-Finanzgruppe Cerberus verkauften Wohnungsunternehmens mitgeteilt, dass das Bezirksamt Pankow am 7. März dem Mitte Februar von der Bezirksverordnetenversammlung gefassten Beschluss gefolgt ist, für das Wohnquartier »Grüne Stadt« in Prenzlauer Berg, das die GSW im Auftrag von Cerberus verwaltet und wo sie hunderten Mietern umfangreiche Modernisierungsmaßnahmen und in deren Folge deutliche Mieterhöhungen angekündigt hat, eine Umstrukturierungssatzung gemäß § 172 BauGB aufzustellen, um die Sozialverträglichkeit des Vorhabens zu gewährleisten.

Antragspflicht

Schon der Aufstellungsbeschluss, der am 17. März mit der Veröffentlichung im Amtsblatt Rechtskraft erlangte und auf dessen Grundlage nun ein Gebietssozialplan zum Schutz der überwiegend einkommensschwachen Mieterschaft zu erarbeiten ist, verpflichtet die GSW, für Baumaßnahmen bei der Abteilung Stadtentwicklung des Bezirksamts Pankow eine Genehmigung zu beantragen. Dies gilt auch für Maßnahmen, die ansonsten keiner bauordnungsrechtlichen Antragspflicht unterliegen. Gleichzeitig ermöglicht es der Aufstellungsbeschluss, eine Entscheidung über die Zulässigkeit von Bauvorhaben für die Dauer von maximal zwölf Monaten zurückzustellen.

Zur Erörterung der Situation und zur Klärung der Voraussetzungen, unter denen eine Aussetzung bzw. Untersagung der von der GSW



©Albrecht Molle

Die Wohnungen in der »Grünen Stadt« sollen auch für Familien mit Kindern attraktiver werden.

geplanten Maßnahmen in der »Grünen Stadt« abgewendet werden können, hat Stadtrat Federlein der GSW Gespräche angeboten. Man hat sich auf einen Termin Anfang April geeinigt. »Ich hoffe, die GSW bzw. Cerberus zweifeln nicht an der Entschlossenheit des Bezirks, die Umstrukturierungsverordnung zu erlassen, falls es nicht zu einer Abwendungsvereinbarung kommt«, erklärte Federlein gegenüber Vor Ort.

Geltungsbereich

Die vom Bezirksamt ins Auge gefasste Umstrukturierungssatzung soll im Falle ihres Erlasses für das gesamte Wohnquartier zwischen Greifswalder Straße, Anton-Seafkow-Straße, Kniprodestraße und John-Schehr-Straße gelten, mithin auch für das Karree zwischen Greifswalder und Eugen-Schönhaar-Straße, das Cerberus inzwischen an die MCT Grundstückverwertungsgesellschaft weiterverkauft hat, ein schweizer Unternehmen, das als nicht weniger renditeorientiert gilt als die US-Finanzgruppe.

Das Vorhaben, den Sanierungsrückstand in dem in den dreißiger Jahren errichteten, teilweise denkmalgeschützten Quartier zu beseitigen und es auch für Familien mit Kindern attraktiv zu machen, wird von den Bezirksverordneten prinzipiell begrüßt. Sie verweisen u. a. darauf, dass

der Ausstattungsstandard in großen Teilen des Gebiets deutlich unter dem heute üblichen Niveau liegt. Viele Wohnungen werden noch mit Kohleöfen beheizt. Zudem überwiegen kleinflächige Wohnungen, die für Familien ungeeignet sind. Daher seien erhebliche städtebauliche Umstrukturierungsmaßnahmen wie die Veränderung von Wohnungszuschnitten und der Anbau von Balkonen erforderlich, die über sonst übliche Sanierungen hinausgehen. Umso mehr gelte es, die ansässige Mieterschaft vor sozialen Härten und Verdrängung zu schützen. Der Gebietssozialplan soll nicht zuletzt jene Festlegungen enthalten, die GSW-Geschäftsführer Hermann Winkler schon im Dezember auf einer Mieterversammlung öffentlich zugesichert hatte. So sollen im Ergebnis der Modernisierung die Mietspiegelwerte nicht überschritten und die für ALG II- und Sozialhilfeempfänger geltenden Wohnkostenrichtlinien eingehalten werden. Mieter, die für die Dauer der Bauarbeiten in einer Umsetzwohnung untergebracht werden, sollen nach Abschluss der Maßnahmen in ihre Wohnung zurückkehren können. Wer keinen Balkon will, zahlt nichts für dessen Anbau, kann ihn dann aber auch nicht nutzen. Mit der Durchführung des Gebietssozialplans will das Bezirksamt eine eigentümerunabhängige Mieterberatung beauftragen.

Ruhe in der Kreuzstraße

Wegweiser Richtung Wedding
wird demontiert Von H. Seefeld

Einen Teilerfolg kann eine Bürgerinitiative an der Pankower Kreuzstraße feiern. Im Herbst 2004 legten Aktivisten um den Fernsehreporter Sascha Adamek der BVV einen Forderungskatalog vor, in dem sowohl die Herabstufung der erlaubten Geschwindigkeit in dieser Straße auf Tempo 30 als auch die Demontage bzw. Veränderung des Vorwegweisers, der in der Schönholzer Straße den Autoverkehr aus dem Norden Pankows gen Wedding durch die Kreuzstraße führt, gefordert wurden. 134 Unterschriften zierten das Schriftstück. Während die dem Senat unterstellte Verkehrslenkung Berlin eine Herabstufung auf Tempo 30, wie sie dann auch von der Pankower BVV gewünscht wurde, nach einem Ersuchen des Pankower Bezirksamts ablehnte, bewilligte sie überraschend eine Änderung der ausgewiesenen Verkehrsführung. Wie der Stadtrat für Stadtentwicklung, Martin Federlein, erklärte, wird jetzt die Vorwegweisung dergestalt geändert, dass der Verkehr in Zukunft nicht mehr durch die Kreuzstraße, sondern durch die Schönholzer Straße zur Wollankstraße geführt wird. Außerdem wird die bislang spitzwinklige Einmündung der Kreuzstraße in die Wollankstraße zu einer rechtwinkligen Einmündung umgebaut. Dabei wird dort die Kreuzstraße auf 7,50 Meter verengt und aufgepflastert. Die gewonnenen Flächen werden den Gehwegbereichen zugeschlagen. Federlein erwartet, dass die Umbauarbeiten noch in diesem Jahr erfolgen.

In der Verkehrslenkung Berlin wird die Weigerung, in der Kreuzstraße Tempo 30 auszuweisen, damit begründet, dass diese Straße weiterhin zum übergeordneten Straßennetz gezählt wird, für das grundsätzlich eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h ausgewiesen werden muss. Änderungen an diesem Status seien nicht vorgesehen.



©Hartmut Seefeld

Zu seinem 150. Geburtstag soll das marode Tor zum Pankower Bürgerpark im alten Glanz erstrahlen.

Rettung für ein Wahrzeichen

Tor zum Bürgerpark wird auf Bezirkskosten saniert Von Hartmut Seefeld

Das vom Verfall bedrohte Eingangstor zum Bürgerpark in Pankow soll instand gesetzt werden. »Trotz der schwierigen Haushaltslage im Bezirk wollen wir nun doch auf eigene Kosten das Tor vor dem drohenden Verfall bewahren«, erklärt der Stadtrat für Umwelt und Natur, Matthias Köhne. Ein von seinem Amt in Auftrag gegebenes Gutachten hatte Sanierungskosten in Höhe von 340.000 Euro ermittelt. Durch Umschichtungen im Bezirkshaushalt wurden nun für die Jahre 2006 und 2007 entsprechende Mittel für den baulichen Unterhalt eingestellt. »In diesem Jahr stehen uns in diesem Bereich statt der bisherigen 120.000 Euro nunmehr 260.000 Euro zur Verfügung, für 2007 sollen noch einmal 200.000 Euro zusätzlich bereitgestellt werden«, sagt Köhne. Im September möchte der Stadtrat mit der Sanierung beginnen. Allerdings gehe das nur, wenn die vorläufige Haushaltswirtschaft im Bezirk beendet sei. Pankows Haushalt steht seit Januar aufgrund eines Defizits von über 31 Millionen Euro unter der Aufsicht der Senatsverwaltung für Finanzen. Erst wenn der Bezirk dem Senat und Abgeordnetenhaus ein glaubhaftes Konzept vorlegt, wie er dieses Defizit bis 2009 spürbar

senken will, kann Pankow seine Finanzhoheit wiedererlangen. Der dazu notwendige Ergänzungshaushalt umfasst zunächst die Jahre 2006 und 2007. Darin wird zwar auf nahezu jegliche Neuinvestition verzichtet, die Ausgaben für das Parktor sind dort jedoch weiterhin deklariert.

Die öffentliche Diskussion um das bröselnde Bürgerparktor angestoßen hat der Verein »Für Pankow«. »Das Tor ist ein Wahrzeichen, deshalb wollten wir Druck machen, damit es zum Bürgerparkjubiläum im kommenden Jahr im alten Glanz erstrahlt«, erklärt Vereinsvorsitzender Uwe Katzer. Zugleich habe man ein Spendenkonto eingerichtet, auf dem bislang über 1.000 Euro eingegangen sind. Auch mit einer Unterschriftensammlung habe man das große Interesse am Erhalt des Denkmals dokumentiert. Während Katzer betont, dass trotz der Zusage aus dem Bezirksamt weiterhin Geld für das Vorhaben gesammelt wird, weiß der Stadtrat bereits, wofür das Spendengeld ausgegeben werden kann: »Es ist unbefriedigend, wenn wir das Tor nur als Solitär sanieren, die Spenden könnten für die ebenso dringend erforderliche Reparatur der Parkmauer am Tor verwendet werden«.



©Albrecht Mollé

Der Supermarktstandort in der Winsstraße kann in Zukunft neu bebaut werden.

Wohnen statt Grünfläche

Sanierungsziel für die Winsstraße 18 wurde geändert Von Albrecht Mollé

Für das Grundstück Winsstraße 18 im zentralen Bereich des Sanierungsgebiets Winsstraße hat das Bezirksamt jetzt die Änderung des Sanierungsziels beschlossen. Die ursprüngliche Absicht, auf dem ca. 3.000 m² großen Areal an der Ecke Marienburger Straße, auf dem bis kurz vor Kriegsende Mietshäuser standen und später eine Kauhalle errichtet wurde, eine öffentliche Grünanlage zu gestalten, wurde aufgegeben. Neues Sanierungsziel für die im Eigentum der Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft befindliche Fläche ist »die Blockrandschließung durch Wohngebäude mit anteiliger gewerblicher Nutzung einschließlich SB-Markt«. Dafür hatte das Stadtplanungsamt der TLG bereits Ende 2002 einen Vorbescheid erteilt. Eine sanierungsrechtliche Genehmigung konnte zunächst aber nicht in Aussicht gestellt werden, da zu jenem Zeitpunkt die in den neunziger Jahren in unmittelbarer Nachbarschaft entstandene Grünanlage »Marie« in der Marienburger Straße 41-46 noch nicht dauerhaft gesichert war. Erst als die »Marie« Mitte 2005 im Rahmen eines Grundstückstauschs aus dem Fachvermögen der Berliner Feuerwehr in das des Amts für Umwelt und Natur überging, war der Weg für die

Änderung des Sanierungsziels für die Winsstraße 18 frei. Der diesbezügliche Bezirksamtsbeschluss wurde der BVV am 1. März zur Kenntnis gegeben.

Im Sanierungsbeirat Prenzlauer Berg hat das Stadtplanungsamt inzwischen über weitere geplante Sanierungszieländerungen informiert. So kann im Sanierungsgebiet Teutoburger Platz angesichts der noch im Sanierungszeitraum bis spätestens 2009/10 vorgesehenen Erweiterung der Grün- und Spielfläche »Hirschhof« um das Grundstück Oderberger Straße 19 nunmehr auf den Erwerb des in unmittelbarer Nähe gelegenen Teilgrundstücks Schwedter Straße 37-40 verzichtet werden. Dort war bislang die Errichtung einer öffentlichen Grünanlage mit Spielplatz geplant. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben hatte dem Bezirk das über 3.000 m² große Teilgrundstück zum Baulandpreis von 300 Euro/m² angeboten.

Im Sanierungsgebiet Helmholtzplatz entfällt für das Grundstück Senefelderstraße 21 das Sanierungsziel »Spielplatz«, da in unmittelbarer Nähe in der Hiddenseer Straße 5 eine Spielfläche entsteht und mit gleichem Ziel in der Stargarder Straße 51 ein Grundstückserwerb erfolgt.

Delphi unterm Hammer

Weißenseer Traditions kino wurde zwangsversteigert Von A. Mollé

Das ehemalige Filmtheater »Delphi« an der Weißenseer Spitze hat am 7. März den Besitzer gewechselt. Bei einer von der Commerzbank AG beim Amtsgericht Weißensee erwirkten Zwangsversteigerung erhielt die RENT LOCATION Andreas Jahn e. K. mit Sitz in der Langhansstraße 123 mit ihrem Gebot von 70.000 Euro den Zuschlag für das 1.320 m² große Grundstück Gustav-Adolf-Straße 2, für das ein Verkehrswert von 90.000 Euro ermittelt worden war. Andreas Jahn, zugleich Chef der gleichnamigen Immobilienfirma und Verwalter eines großen Teils der Ruthenbergschen Gewerbehöfe in der Lehderstraße, will das 1929 errichtete und seit 1995 denkmalgeschützte »Delphi« behutsam sanieren. Zunächst steht die Reparatur des schadhaften Daches an. Ein Kino wird es jedoch nicht mehr. Vielmehr sollen die Räumlichkeiten für kulturelle Veranstaltungen, Empfänge und andere »gehobene Events« vermietet werden. Der ursprünglich in Rot gehaltene Kinosaal mit mehr als 900 Plätzen, der nach der 1959 verfügten Schließung des »Delphi« als Lagerraum diente, werde so restauriert, »dass sein Charme nicht übertüncht wird«. Zusammenarbeiten will Jahn auch mit dem benachbarten Kulturzentrum »Brotfabrik« am Caligariplatz. Mit dem Geschäftsführer der Brotfabrik werde er über ein entsprechendes Konzept sprechen, kündigte er gegenüber »Vor Ort« an.

Bislang hatte sich das »Delphi« im Besitz der A. Wienhold Liegenschaften und Projektentwicklung GmbH befunden, die dort seit den neunziger Jahren unter anderen Konzerte veranstaltete und den Saal für Theateraufführungen vermietete. Zur Zwangsversteigerung kam es jetzt, nachdem die Gläubigerbank gegenüber Wienhold Forderungen in Höhe von insgesamt 237.000 Euro aufgemacht hatte.

Künstler ohne Paradies

Preiswerte Ateliers werden im Bezirk zur Mangelware Von Hartmut Seefeld

Seit Herbst 2001 ist Almuth Nehring-Venus Stadträtin im Bezirksamt Pankow. Sie hat dort einen für Berliner Verhältnisse einzigartigen Job, denn sie ist zugleich zuständig für Kultur wie auch für Wirtschaft. Während anderswo das Verhältnis dieser beiden Bereiche zueinander oft genug mit dem von Feuer und Wasser gleichgesetzt wird, will man in dem aus Prenzlauer Berg, Weißensee und Pankow hervorgegangenen Großbezirk eine andere Herangehensweise versuchen. »Kultur ist nicht nur ein Kostenfaktor, sondern auch ein wichtiger Impulsgeber«, begründet Nehring-Venus darum die Entscheidung, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin mit einer Studie zur »Bedeutung der Kulturwirtschaft für den Wirtschaftsstandort Pankow« zu beauftragen. Spätestens am 30. September soll das Werk vorliegen, die Kosten in Höhe von 108.000 Euro werden weitgehend über das europäische Förderprogramm E.F.R.E. finanziert. Der Bezirk beteiligt sich daran mit 5.561 Euro. Im DIW hat man bereits bemerkenswerte Fakten recherchiert. »In Pankow lebt jeder vierte der 5.700 in Berlin registrierten Bildenden Künstler«, erklärt DIW-Mitarbeiter Markus Mundelius gegenüber »Vor Ort«. Und er ergänzt: »Von den 1.400 Bildenden Künstlern im Großbezirk haben immerhin 1.190 (85 Prozent) ihren Wohnsitz in Prenzlauer Berg«. Solche Zahlen legen den Gedanken nahe, dass es um die Wirkungsmöglichkeiten Bildender Künstler im »Szenebezirk« gut bestellt ist.

Ateliers im Bezirk

Vermutlich hat aber Theo Winters recht. Er behauptet, dass »von Prenzlauer Berg niemand genau sagen kann, wie viele Ateliers es dort gibt«. Der Begriff sei ja sehr dehnbar, findet der S.T.E.R.N.-Chef. Sein Unternehmen agiert seit 1993 als Sanierungsbeauftragter des Landes Berlin in dem

Szenestadtteil und hat darum auch ganz eigene Erfahrungen in diesem Metier gemacht. Wie weitgefasst der Begriff Atelier ist, haben auch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und Immobilienverwalter bewiesen. Ihr Angebot an »kostengünstigen Fabriketagen, Ladenlokalen, Gewerberäumen und auch Wohnungen« umfasst in ganz Berlin 70.000 m² Fläche. Interessenten, so erfuhr man bei einer Atelierbörse im Juni 2004, brauchen aber nicht mal einen Nachweis über künstlerische Professionalität zu präsentieren. Auch jeder Lebenskünstler ist dort also herzlich willkommen. Der Versuch, Atelierzahlen in ein statistisches Korsett zu zwängen, ist auch anderswo nicht wirklich gelungen. In einem vom Bezirksamt Pankow in Auftrag gegebenen Tourismus-Marketing-Konzept werden für Prenzlauer Berg gerade mal 90 Galerien und Ateliers konstatiert. Und das Atelierbüro des Kulturwerks des Berufsverbandes der Bildenden Künstler in Berlin (BBK) zählt knapp 30 Standorte, die zwischen

1993 und 2002 in Prenzlauer Berg, Pankow und Weißensee über Wohnungsbauförderprogramme subventioniert worden sind und zu einem Preis von 4,00 Euro (mit WBS) bzw. 4,23 Euro vermietet werden. Weitere zehn Standorte werden außerdem im Rahmen des Berliner Ateliersofortprogramms als mietpreisbegünstigte Ateliers nach entsprechendem Antrag an professionelle, aber einkommensschwache Bildende Künstler vergeben. Der Atelierbeauftragte des BBK Berlin, Florian Schöttle, findet jedenfalls, dass es »im doch so kulturvollen Prenzlauer Berg bald keine bezahlbaren Ateliers mehr geben wird«.

Standort Treffmodelle

Der Anlass für diese pauschale Kritik wurde Schöttle durch das Staatsunternehmen TLG Immobilien GmbH frei Haus geliefert. Als Eigentümerin des ehemaligen und Anfang der 90er Jahre abgewickelten DDR-Konfektionsbetriebs »Treffmodelle« in der Greifswalder Straße 212/213 hat sie zum Ende März fast allen heutigen Mietern gekündigt. Allein der populäre »Magnetklub« hat dort noch eine Gnadenfrist. Betroffen von den überraschenden Kündigungen sind 155 Künstlerinnen und Künstler, Architekten und Medienakteure, die in diesem soliden, beheizbaren Gebäudeensemble ihre Werkstätten, Studios und Spielstätten zum günstigen Preis von sechs Euro/m² Warmmiete eingerichtet haben. »Wir wollen das gesamte Objekt verkaufen, darum haben wir diese Kündigungen ausgesprochen«, erklärte der Sprecher der TLG, Olaf Willhuhn. Er verweist auf den großen Leerstand im Objekt, mehr als 70 Prozent der 10.000 m² Nutzfläche seien nicht vermietet. Allein bei den Betriebskosten würde man dadurch jährlich 115.000 Euro Verlust machen. Die gekündigten Künstlerinnen und Künstler machen eine Gegenrechnung auf. »Es kamen dauernd Interessenten auf den Hof, oft genug auch Künstlerkollegen, die von den Bedingungen und der Lage hier begeistert waren. Das Defizit hätte man durch mehr Mietverträge locker auflösen können. Aber die TLG hat hinsichtlich der Vermarktung immer nur einen Zickzack-Kurs gefahren, mancher be-



©Treffmodelle



©Hartmut Seefeld

Auf dem zweiten Hof hat sich das Theater »Eigenreich« mit viel Eigeninitiative und ausschließlich eigenem Geld etabliert.

kam keinen Vertrag, mancher einen mit extrem kurzfristiger Lauf- und Kündigungsfrist. Das wirkt natürlich auch abschreckend«, erklärt die Leiterin des dort ansässigen Theaterprojekts »Eigenreich«, Verena Drosner.

Runder Tisch

Die Kündigungsschreiben der TLG haben nunmehr eine regelrechte Mobilmachung ausgelöst. Erster Höhepunkt war ein »Runder Tisch« zur Zukunft des Standorts am 21. März im Bezirksamt, an dem auch zwei Vertreter der TLG teilgenommen haben. Allerdings war das Ergebnis zunächst nicht besonders erquicklich. Der Protest der Mieterinnen und Mieter, des BBK, der BVV Pankow und des Bezirksamts beeindruckte die TLG überhaupt nicht. »Dort hat man sich keinen Millimeter bewegt«, bedauerte anschließend Stadträtin Nehring-Venus, die den Runden Tisch moderierte. »Es gab auch keine Argumente, warum diese Entscheidung so gefällt wurde, das war alles schon sehr merkwürdig«, fand die Bezirkspolitikerin. Statt dessen hat die TLG den Druck sogar noch weiter erhöht, als sie verkündete, dass all jenen eine Räumungsklage zugestellt wird, die nicht bis zum 1. April das Areal verlassen haben.

In einem nächsten Schritt wird nun das Bezirksamt schriftlich bei den Eigentümern des Bundesunternehmens TLG intervenieren. Entsprechende Briefe werden an die Mitglieder

des Aufsichtsrats, den Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos, sowie den Minister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, auf den Weg gebracht. Weiterer Druck soll auch dadurch entstehen, dass eine planungsrechtliche Umwidmung der Immobilie in Zukunft blockiert werde, wie es die BVV Pankow fordert. Der Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Martin Federlein, begegnet dieser Forderung zurückhaltend. Zwar liege das ehemalige Fabrikgelände im Sanierungsgebiet Winsstraße, womit es bei Veränderungen auch einer besonderen sanierungsrechtlichen Genehmigung aus dem Amt für Planen und Genehmigen bedarf, allerdings wird dabei vor allem die Verträglichkeit mit dem Umfeld geprüft. »Im Rahmenplan ist das Gelände als Gewerbestandort vorgesehen, eine besondere Fixierung auf Ateliers gibt es nicht«, erklärt Federlein.

Der Komplex entstand in mehreren Etappen. Das älteste Gebäude wurde 1905 als Tabakfabrik gebaut, das neueste ist das Vorderhaus des einstigen Modehauses aus dem Jahre 1985. Ein Großteil der insgesamt sechs Gebäude steht unter Denkmalschutz. Die TLG, die recht bald eine Ausschreibung für das Grundstück veröffentlichen will, steckt allerdings in einem Dilemma. Die Abkehr von der einst von ihr gepflegten Idee, das Objekt in eigener Regie zu entwickeln, macht es ihr schwierig, das Ganze einem Investor für stolze 3,5 Millionen Euro

schmackhaft zu machen. Auch die geplante »besenreine« Übergabe an den künftigen Käufer erzeugt vielfach Kopfschütteln. Leere, unvermietete Immobilien erhöhen in der Regel nicht den Marktwert, meint zum Beispiel auch S.T.E.R.N.-Chef Winters.

Kultur- und Atelierhaus

Die öffentliche Diskussion um die Greifswalder Straße 212/213 lenkt das Augenmerk grundsätzlich auf die räumliche Situation der Künstlerinnen und Künstler im Bezirk. Das besondere Engagement von Bezirks- und Bundespolitikern, auch Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse wurde involviert, erfolgt vor dem Hintergrund, dass zentrumsnaher, gut nutzbarer und zugleich auch preiswerter Atelierraum äußerst rar geworden ist. Florian Schöttle, der als Berliner Atelierbeauftragter alljährlich 1,27 Millionen Euro vom Kultursenator anvertraut bekommt, damit er mittellose Künstlern bei der Suche nach preiswerten Räumen unterstützen kann, will darum den Standort Greifswalder Straße unbedingt retten. »Er ist intakt, bietet Raum in allen Größen, und er ist öffentliches Eigentum«. Letzteres ist sehr wichtig, denn laut einem Senatsbeschluss vom vergangenen Jahr darf das Fördergeld nur in Atelierprojekte fließen, die in Immobilien der öffentlichen Hand angesiedelt sind. »Ich sehe überhaupt kein Problem darin, in einem ersten Schritt ausreichend Mieter aus dem Metier zu finden, damit die TLG aus dem 115.000 Euro-Minus herauskommt. In einem zweiten Schritt soll der Standort zu einem richtigen Kultur- und Atelierhaus entwickelt werden«, erklärt Schöttle. Für ein solches Konzept brauche man aber einige Monate Zeit. Doch selbst so ein Moratorium lehnt die TLG rundweg ab. Auch die Argumente von Stadträtin Nehring-Venus, dass sich gerade in der Innenstadt Kunst und Kultur zu ernsthaften Wirtschaftsfaktoren entwickeln, und die von Theatermacherin Verena Drosner und ihren Mitstreitern in Aussicht gestellten 380 Arbeitsplätze lassen die TLG-Manager unberührt. Stoisch heißt es: »Die Entscheidung zur Greifswalder Straße 212/213 ist endgültig«.

Kino auf Kulanz

Offene Zukunft für das CinemaXX in Prenzlauer Berg von H.Seefeld

Die Kündigung der Hamburger CinemaXX AG für ihr Kino in der Schönhauser Allee wegen gravierender Baumängel zum Jahresende 2005 –Eigentümer des Hauses ist der Berliner Immobilienmogul und Filmproduzent Artur Brauner– hat weiterhin Bestand. Nachdem bereits das Landgericht Berlin ein entsprechendes Urteil im September des vergangenen Jahres erließ, lehnte Mitte Januar das Kammergericht ein Revisionsverfahren ab. Trotzdem hat die CinemaXX AG den Betrieb noch nicht eingestellt. »Wir wollen auf jeden Fall verhindern, dass hier einmal kein Kino mehr stattfindet«, erklärt der Sprecher der CinemaXX AG, Arne Schmidt. Allerdings gibt es auch keine gültige Vereinbarung mehr mit Brauner. »In Verhandlungen müssen noch eine Menge Fragen geklärt werden, eine Lösung kann ich noch nicht beschreiben«, ergänzt Schmidt. Über Details, wie ein Einvernehmen zwischen Brauner und CinemaXX-Chef Hans-Joachim Flebbe aussehen könnte, hüllt sich Schmidt in Schweigen. »Solange es keine Übereinkunft gibt, erteile ich dazu auch keine Auskunft«.

Die im Oktober 2005 von CinemaXX bei der Bauaufsicht des Bezirks angezeigten erheblichen Baumängel, derentwegen die Hamburger den ursprünglich bis 2017 laufenden Vertrag vorzeitig kündigten, sind Ende 2005 weitgehend beseitigt worden. »Aus unserer Sicht steht dem Weiterbetrieb des Kinos nichts mehr im Wege«, erklärte Pankows Stadtrat für Stadtentwicklung, Martin Federlein.

Das Kino in unmittelbarer Nähe zum S- und U-Bahnhof Schönhauser Allee ist ein wichtiger Magnet für das Zentrum des Bezirks. 2004 zählte die Spielstätte, die 1996/97 von Brauner für ca. 30 Millionen Euro zu einem Multiplexkino mit zehn Sälen und 2.800 Plätzen umgebaut worden war, 550.000 Besucher.

Katalog der Heimatkunst

Bezirk Pankow hat seine zahlreichen Künstler fest im Blick von Hartmut Seefeld

Der Zeichner Kurt Wanski ist wahrlich unbescheiden. Immerhin ziert ein unübersehbares Ausrufezeichen die Namenssignatur auf seinen zahlreichen Werken aus Bunt- oder Filzstiften. Der 84jährige, der seit 1971 seinen Wohnsitz im St. Joseph-Krankenhaus hat, findet aber allemal Käufer. Auch das Bezirksamt war schon bei ihm Kunde, 1993 erwarb es das Werk »Eine Frau für Großvater! Tanggo«. Die Buntstiftzeichnung ist eins von 100 ausgewählten Werken, die es jetzt in dem Buch »Wochenmarkt und Knochengeld« publizierte. Der etwas skurrile Wanski befindet sich dort in der ausgezeichneten Gesellschaft von Kollwitzfreund Herbert Tucholski, Kollwitz-Preisträgerin Sabina Grzimek, Bildhauer Wieland Förster oder auch dem Grafiker Manfred Butzmann. »Es ist ein glücklicher Umstand, dass Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee seit 1945 bevorzugt Lebens- und Arbeitsorte von Künstlerinnen und Künstlern geworden sind«, schreibt Kulturstadträtin Almuth Nehring-Venus in einem Vorwort für das Buch. Das hat naturgemäß sehr verschiedene Gründe, wobei auch der seit Anfang der 60er Jahre intensiviertere Prozess der Auftragsvergabe durch staatliche In-

stitutionen, vor allem auch durch die damaligen Räte der Stadtbezirke, an lokale Künstler eine wichtige Rolle spielte. So entstand im Laufe der Jahre eine Sammlung aus 1.262 Werken, geschaffen von 357 Künstlerinnen und Künstlern. Im Alltag ist diese Sammlung nur wenig präsent. Einst zierte vieles manche Amtsstube, jetzt ist oft das Depot der Hauptaufenthaltsort. Verdienst dieses Buches aus dem Lukas Verlag ist es, die öffentliche Aufmerksamkeit wieder auf diese Kunstwerke zu lenken. Es ist ein beachtlicher Bogen, der da zwischen dem ältesten Bild »Wochenmarkt in Pankow« aus dem Jahre 1911 von Paul Kuhfuss und einer Sammlung von Knochengeldunikaten, entstanden im Rahmen einer Kunstaktion der Galerie O2 im Jahre 1993, gespannt worden ist. Bei der Wanderung durch die lokale Welt der Kunst wird der Leser von 20 Autoren begleitet, die kompetent wie Kathleen Krenzlin, hintergründig wie Reinhard Kraetzer oder auch ungebremst intellektuell wie Christoph Tannert, zu den publizierten Kunstwerken ihren Kommentar geben. Ein guter Katalog über eine nie gewesene Ausstellung.

»Wochenmarkt und Knochengeld«; Lukas Verlag, 240 Seiten; 25 Euro; ISBN: 3-936872-83-X.

Die Ätzzradierung »Berlin Schönhauser Allee 1965« von Robert Rehfeld ist eines der 100 vorgestellten Werke.

©Kulturamt Pankow



Filme, Stars und Ateliers

Aus der Geschichte der Filmstadt Weißensee Von Albrecht Molle

Man schrieb das Jahr 1913, als die Vorstadtgemeinde Weißensee in das Filmzeitalter aufbrach. Zwar waren Kinos, in denen die ersten Stummfilme bestaunt werden konnten, schon Jahre zuvor vornehmlich am Antonplatz entstanden, doch jetzt drängten Filmproduzenten aus den zu eng gewordenen Dachateliers der Berliner Innenstadt ins Umland. Dank günstiger Bodenpreise wurde Weißensee schon bald zur Toppadresse.

Als erste siedelte sich die 1907 gegründete Deutsche Vitascope Gesellschaft hier an. Dass deren Wahl ausgerechnet auf das Grundstück Franz-Joseph-Straße 5 - 7 (seit 1951 Liebermannstraße) in der Nähe des

zu drehen, darunter Kassenschlager wie »Der Hund von Baskerville«.

Die Ära Joe May

Der Vitascope folgten schon bald weitere Gesellschaften. Auf dem Grundstück Franz-Joseph-Straße 9 begann im Juni 1914 die Continental mit Dreharbeiten. Einer ihrer Regisseure war Joe May, der schon ein Jahr später die May-Film gründete und sich danach mit Streifen wie »Das indische Grabmal« und »Die Herrin der Welt« einen Namen machte. Nach ihm wurde in den neunziger Jahren ein Platz an der Einmündung der Park- in die Liebermannstraße benannt.

in die Ateliers in der Franz-Joseph-Straße 9 mit der Decla-Filmgesellschaft ein weiterer Filmproduzent ein, dem wir einige herausragende Werke verdanken, allen voran »Das Cabinet des Dr. Cagliari«, den Prototyp des expressionistischen Films. Seit 1918 arbeitete auch Fritz Lang bei der Decla, für die er u. a. das Buch zum Film »Die Pest in Florenz« schrieb. Für die Dreharbeiten wurde das Grundstück in den berühmten Marktplatz der Toskana-Metropole verwandelt.

Schnelles Ende

Doch mit der Inflation, die Deutschland in den zwanziger Jahren erfasste, fand auch die überhitzte Konjunktur im Filmgeschäft ein Ende. »Die in der Hauptsache durch das Sinken der Kaufkraft verursachten wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben zu einer nicht unerheblichen Erzeugniseinschränkung der Filmindustrie geführt«, hieß es schon 1922 im »Reichsarbeitsblatt«. Zwar richtete die Ufa in Weißensee 1925 noch ihr erstes Tonfilmatelier ein, doch bei der Uraufführung des Streifens »Das Mädchen mit den Schwefelhölzern« vor prominentem Publikum setzte der Ton aus, das Lichttonverfahren war zunächst gescheitert. Das Atelier wurde, wie viele andere, umgehend geschlossen.

Als erste erhielten 1929 die Grundstücke Franz-Joseph-Straße 9 sowie 10 - 12, wo sich zehn Jahre zuvor die Fag-Film-Atelier GmbH angesiedelt hatte, in Gestalt der Wohnungsbau-Gesellschaft Weißensee einen neuen Besitzer, der dort schon bald Mietshäuser errichtete. Die May-Film-Ateliers wurden von einer Wäscherei und Färberei erworben, und auch das Außengelände bei Erkner, wo Ausflügler die Nachbauten indischer Tempel bewundern konnten, kamen zum Verkauf. Ende 1929 war das Weißenseer »Filmzeitalter« passé. Nachdem im Januar 1933 die Macht in Deutschland an die Nazis übertragen worden war, gingen viele Schauspieler, Regisseure und Produzenten, die wie Joe und Mia May, Fritz Lang und Erich Pommer Weißensee als einen namhaften Standort der deutschen Filmindustrie bekannt gemacht hatten, in die Emigration.



© Archiv Bennewitz

Die gläsernen Ateliers der Vitascope-Filmgesellschaft in der heutigen Liebermannstraße um 1915.

heutigen Pasedagplatzes fiel, war eher Zufall. Vitascope-Gründer Jules Greenbaum war an den Bauunternehmer Paul Köhler in der Greifswalder Straße verwiesen worden, der in Weißensee mehrere Liegenschaften besaß und das sich zur Rennbahnstraße hinstreckende Areal an die Zuzügler verpachtete. Im Gegenzug erhielt er den Auftrag, dort zwei je 25 Meter lange Filmateliers mit gläsernen Wänden und Dächern zu errichten, die als die größten im Lande galten. Ende 1913 begann die Vitascope, dort ihre Filme

May war es auch, der die nahe gelegene Weißenseer Rennbahn, deren Betrieb 1912 eingestellt worden war, für spektakuläre Außenaufnahmen für den Kolossalfilm »Veritas vincit« (Die Wahrheit siegt) nutzte. »Große Dekorationen sind aufgebaut worden, die den Circus Maximus des alten Rom darstellen, eine stolze Fassade mit mächtigen Säulen umgibt das Bild, und in der Tiefe weitet sich die Arena«, berichtete damals die Zeitschrift »Der Film«.

Kurz nach dem 1. Weltkrieg zog

Hahnenschrei im Kiez

Von Stephan Metzner, Mitarbeiter der Jugendfarm »Moritzhof«

Der nördliche Abschnitt des Mauerparks zwischen Gleimstraße und Schwedter Steg in Prenzlauer Berg hat in den vergangenen Jahren eine bemerkenswerte Entwicklung genommen. Bis 1990 menschenleeres Grenzgebiet zum Wedding mit der Schwedter Straße als Todesstreifen – Insider erkennen heute noch die Isolatoren an den Häusern Ecke Kopenhagener Straße als stille Zeugen dieses dunklen Teils der Geschichte – ist dieser Ort jetzt auf eigene Art zu neuem Leben erwacht.

Kontakt

Jugendfarm »Moritzhof«
Schwedter Str. 90, 10437 Berlin
☎ 44 02 42 20
www.jugendfarm-moritzhof.de
moritzhof@netzwerkspielkultur.de

Öffnungszeiten

montags bis freitags 11.30 Uhr bis 18 Uhr
samstags 13 Uhr bis 18 Uhr



© Moritzhof

Die Pferdeweide der Jugendfarm »Moritzhof« in Nachbarschaft zur Gründerzeitbebauung des Quartiers am Falkplatz.

Hätte jemand noch vor einigen Jahren den Anwohnern erzählt, dass sie hier eines Tages vom Krähen eines Hahns geweckt werden könnten, Kinder auf Pferden durch einen Park reiten, ein Schwein Gassi geht und Schafe gemeinsam mit Ziegen gemütlich unter Apfelbäumen grasen, wäre dem »Spinner« wohl eine Untersuchung in Herzberge empfohlen worden. Doch seit fast sechs Jahren ist eine solche Vision hier, mitten in Berlin, Realität.

Gegenüber der Einmündung der Kopenhagener Straße in die Schwedter Straße befindet sich der Eingang in

die parkähnliche Landschaft der Jugendfarm »Moritzhof«. Sie ist eine Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit des Vereins Netzwerk Spiel/Kultur Prenzlauer Berg e.V.. Außer vier Ziegen, sechs Schafen, vielen Kaninchen, Meerschweinchen, Enten, Hühnern, einer Gans, einem Schwein, einer Katze und einem Hund gibt es dort seit Herbst 2003 auch zwei Pferde. Umwelterziehung und die Vermittlung eines verantwortungsvollen Umgangs mit Tieren sind wichtiger Teil des Konzepts der Jugendfarm. Ein weiteres Anliegen

der pädagogischen Arbeit besteht darin, Kindern und Jugendlichen althergebrachte handwerkliche Fertigkeiten zu vermitteln. So können die sechs- bis sechzehnjährigen Besucher den Prozess der Wollverarbeitung vom Scheren bis zum Weben, Spinnen oder Filzen erlernen, Kunst- oder Gebrauchsgegenstände aus Ton herstellen, Körbe aus Weiden flechten, schmieden, papierschöpfen, emaillieren und noch andere Sachen mehr. Im vergangenen Jahr besuchten im Schnitt täglich 60 Kinder den Moritzhof, manche »Stammgäste« nehmen weite Wege in Kauf, um die Angebote nutzen zu können. Samstags gibt es von den Kindern selbst gebackenen Kuchen.

Immer Vormittags bietet der Moritzhof Kitagruppen und Schulklassen die Möglichkeit, Tiere zu beobachten und zu füttern sowie die kreativen Angebote zu nutzen. Er bietet damit interessante Ergänzungen oder Alternativen zum Unterricht in der Schule. So mancher kleine (und manchmal auch große) Besucher erwarb erst hier die Erkenntnis, dass Schafe einen Schwanz haben, es Ziegen mit und ohne Hörner gibt und ein Schwein durchaus auch Gassi gehen kann. Die einzige Problematik, von der man sich auf dem Moritzhof derzeit nicht per Augenschein überzeugen kann, ist die richtige Färbung von Kühen. Dass diese auf keinen Fall lila sind, muss man den Mitarbeitern dort einfach glauben. Unsere Einrichtung ist seit einiger Zeit ein anerkannter Ausbildungsplatz für junge Menschen im Rahmen des Freiwilligen Ökologischen Jahres. Hier besteht die Möglichkeit, den Zivildienst abzuleisten, und viele Schülerinnen und Schüler haben in diversen Praktika wichtige Erfahrungen für ihr späteres Arbeitsleben gesammelt.

Seit einem Jahr ist auch der Kleinkinderspielplatz gegenüber dem Moritzhof geöffnet. Magischer Anziehungspunkt ist vor allem im Sommer nicht nur für Kinder die Wasserpumpe, bei der auch schon Erwachsene beim Kleckerburgenbau beobachtet wurden. Und als Geheimtipp ist die Schwedter Nordwand zu empfehlen, ein 18 Meter hoher künstlicher Kletterfelsen direkt neben der Jugendfarm.



©Albrecht Mollé

Ein Viertel des Townhouse-Quartiers »Prenzlauer Gärten« ist im Rohbau fertig.

Richtfest am Friedrichshain

Erster Teil des Quartiers »Prenzlauer Gärten« vor Fertigstellung Von A. Mollé

Auf dem Gelände der ehemaligen Schweizer Gartens im Sanierungsgebiet Bötzowstraße haben die Bagger und Baukräne während des langen Winters kaum stillgestanden. Obwohl der strenge Frost den Bau der »Prenzlauer Gärten«, einer nach englischem Vorbild konzipierten Reihenhaussiedlung, behindert und zu einem mehrwöchigen Terminverzug geführt hat, kann Ende April das Richtfest für das erste von vier Apartmenthäusern und für die ersten 14 von insgesamt 60 Townhäusern gefeiert werden. Fertiggestellt sind auch eine Tiefgarage mit 212 Stellplätzen sowie die Fundamente für die drei weiteren Apartmenthäuser direkt gegenüber dem Märchenbrunnen. Knapp 40 Millionen Euro investiert die Prenzlauer Gärten Grundbesitz AG, eine Tochter der Bremer Firmengruppe Asset, auf dem 15.500 m² großen ehemaligen Brauerei- und Vergnügungsareal zwischen der Greifswalder Straße und dem Volkspark Friedrichshain in das derzeit größte Wohnungsbauvorhabens Berlins.

Willo Göpel, Sprecher der Prenzlauer Gärten Grundbesitz AG, der das

Townhouse-Projekt gemeinsam mit dem Architekten Stephan Höhne schon vor Jahren entwickelt hatte, freut sich nicht nur über den fortgeschrittenen Stand der Bauarbeiten. »Von den ersten 14 im Rohbau fertigen Townhäusern sind alle verkauft, und im ersten Torhaus haben 19 der 20 Parkside-Apartments ihre Eigentümer gefunden«, bilanziert er zufrieden. Bezogen auf alle 60 Townhäuser und die 49 Apartments, die bis Ende 2007 auf dem Areal entstehen sollen, verweist Göpel auf einen Verkaufsstand von ca. 60 Prozent. Bis auf sechs habe man alle Apartments bereits veräußert, ohne Abstriche am Kaufpreis machen zu müssen. In den drei- bis viergeschossigen Reihenhäusern mit Garage, Dachterrasse, Vorgarten und Patiogarten an der Rückseite kostet der Quadratmeter Wohnfläche durchschnittlich 2.450 Euro, in den im Altbaustil gehaltenen Torhaus-Apartments 2.350 Euro. Die Käufer sind überwiegend junge Familien mit Kindern bzw. mit Kinderwunsch. »Die meisten leben bereits in Prenzlauer Berg oder Mitte und möchten die vielen Vorteile, die das Berliner

Zentrum bietet, nun mit dem Wohnen im Grünen verbinden«, sagt Göpel. Interesse bestehe aber auch bei ausländischen Käufern, vor allem aus West- und Nordeuropa. So habe ein schwedischer Investor kürzlich gleich drei Wohnungen erworben, um sie zu vermieten.

Brauereigebäude wird verkauft

Von ihrer ursprünglichen Absicht, auch den Ende des 19. Jahrhunderts errichteten denkmalgeschützten Gebäudekomplex der Brauerei »Schneider« im oberen Teil des Areals auf eigene Kosten zu erneuern und einer zeitgemäßen Nutzung zuzuführen, ist die Asset-Firmengruppe inzwischen abgerückt. Während der nördliche Gebäudeteil an den Betreiber des dort schon seit den neunziger Jahren ansässigen Tonstudios veräußert werden soll, stehe man derzeit in Verhandlungen mit einem »lokalen Bauträger«, der den südlichen Teil der historischen Brauerei erwerben möchte. »Selbstverständlich gehen beim Verkauf der Brauereigebäude sämtliche Verpflichtungen, die wir zur Realisierung von Sanierungszielen gegenüber dem Bezirksamt Pankow eingegangen sind, auf die Erwerber über«, versichert Willo Göpel. Das bedeute u. a., dass das Sanierungsziel, in der alten Brauereihalle eine Jugendfreizeitstätte einzurichten, die der Bezirk dann langfrisitig anmietet, bestehen bleibt, nun aber vom neuen Eigentümer umzusetzen ist. Offen ist dagegen, ob im Zuge der Sanierung der Brauereigebäude dort auch die baulichen Voraussetzungen für den von vielen künftigen Bewohnern des neuen Quartiers favorisierten Betrieb einer privaten Kindertagesstätte geschaffen werden. Ebenso bleibt ungewiss, wann das Sanierungsziel umgesetzt werden kann, auf einer ca. 1.7500 m² großen im vorigen Jahr vom Land Berlin erworbenen Teilfläche zwischen dem Brauereikomplex und dem angrenzenden Gelände der Kurt-Schwitters-Oberschule eine Turnhalle zu errichten. Denn noch sind die dafür nötigen Mittel nicht in die bezirkliche Investitionsplanung eingestellt. Für eine Zwischennutzung als Freifläche (Erweiterung des Schulhofs) sollen jetzt Fördergelder beantragt werden.

Theater am Friedhofspark

Ballhaus Ost gründet Spielstätte in der Pappelallee 15 Von Hartmut Seefeld

Es war Sommer, und trotzdem saßen die Theatermacher Uwe Moritz Eichler und Philipp Reuter Mitte vergangenen Jahres mit hängenden Mundwinkeln in der »Kohlenquelle« in der Kopenhagener Straße beim Bier. Wenige Stunden zuvor war ihr Traum vom eigenen Theater geplatzt. »Wir hatten eine ehemalige Schulturnhalle unweit des Ostkreuzes im Blick, ein fantastischer Bau aus den 50er Jahren, schon von außen ein richtiges Kulturhaus mit Säulen und allerlei Schnickschnack«, schwärmt der Bochumer Reuter noch heute. Doch ein finanziell deutlich potenterer Investor hatte plötzlich die Halle nebst Schule kurzerhand erworben. Da half dann zunächst eben nur Bier und anschließend ein anonymes Mittrinken, bei dem die beiden Trauernden Mitleid erregten und der folgenden Tipp zum Besten gab: »Schaut Euch mal in der Pappel 15 um, da steht eine schöne alte Halle leer, in der könnte man wunderbar Theater machen«. Reuter und Eichler nahmen den Informanten ernst, schauten sich die Immobilie an und machten sich kurz darauf ans Werk, denn »der Standort ist wirklich Klasse«.

Gebaut worden war das Objekt der Begierde 1907/08 als Feierhalle der Freireligiösen Gemeinde Berlins. Sie stand nicht nur für Begräbnisfeiern zur Verfügung, sondern ganz im Sinne des Leitspruchs der Gemeinde »Schafft hier das Leben, gut und schön, kein Jenseits ist, kein Aufersteh'n« feierte man hier Jugendweihe oder Hochzeit, und auch Unterricht wurde erteilt. Das unmittelbar angrenzende Hinterhaus in der Pappelallee 15 wurde als Obdachlosenheim, später als Altenheim (»Haus Sorgenfrei«) betrieben. 1934 enteigneten die Nazis die Gemeinde, es zog Ruhe ein in der Feierhalle, von gelegentlichen Treffs der Alten aus dem Heim abgesehen. Nach dem Zweiten Weltkrieg fielen Friedhof und Halle an den Staat, der die Betreuung des gesamten Ensembles der örtli-

chen Wohnungsbaugesellschaft überhalf. Besonders mit der Feierhalle hatte man dort eher wenig Ambitionen. Zunächst als Tanzschule und Konsumgaststätte genutzt, diente die Halle nach der Wende erst als Verkaufsraum für die berühmt-berühmten Kaffeefahrten und dann lange Jahre als Billardsaal. Nach der Rückübertragung der gesamten Immobilie an die Freireligiöse Gemeinde



© Hartmut Seefeld

Das »Ballhaus Ost« neben dem früheren Pappelfriedhof war einst die Feierhalle der Freireligiösen Gemeinde Berlins.

im Jahre 1998 und dem Weiterverkauf an einen Privateigentümer Ende 2000 etablierte sich hier die Lisa-Lounge für einige Zeit als Szenetreff.

Nach längerem Leerstand zogen nun die Theaterleute in die 200 m² große Halle samt großzügigem Nebengelass ein. »Ballhaus Ost« taufte sie ihr ambitioniertes Projekt, und fachkundige Freunde nahmen zugleich Hammer und Stromprüfer zur Hand. »Wir sind 30 Leute, die auf eigene Kosten und Risiko ehrenamtlich dieses Theater bewerkstelligen. Hier wird parallel geprobt und gebaut«, meint Reuter, der als Regisseur auch für das im Februar erstmalig

aufgeführte Premierenstück »Die Ehe der Maria Braun« verantwortlich zeichnet. Die Hauptrolle darin wird von Anne Tismer gespielt, neben Eichler und Reuter gleichfalls eine Aktivistin der ersten Stunde. Immerhin 150 Plätze bieten die Enthusiasten in ihrer No-budget-Spielstätte zurzeit an, maximal 199 können es einmal sein. Die Karte kostet 16 Euro/erm. 9 Euro. Dafür bleibt es mittlerweile nicht nur bei Theatervorstellungen, sondern auch weiter gefasste künstlerische Präsentationen sind zur Spielzeit mittwochs bis sonntags im Angebot. Erst kürzlich war die isländische Band Ghostigal zu Gast, und die Anwohner im Vorderhaus durften sich als Trost

für die Lautstärke über Freikarten freuen. Ohnehin soll die Künstlerpräsenz vor Ort deutlich erhöht werden. »Wir haben für unseren Mietvertrag Optionen auf Verlängerung, wollen uns hier auch langfristig etablieren«, meint Regisseur Reuter. Dazu zählt auch die Herrichtung des weitgehend leeren Hinterhauses als Künstlerquartier. Der Vermieter will das Gebäude sanieren und dabei die Vorstellungen berücksichtigen, die potenzielle Mieter aus dem Künstlertum von ihren Ateliers haben. Gegenwärtig sind die Obergeschosse komplett entkernt und bieten Platz für die Realisierung mannigfaltiger Ideen.

Ausnahme statt Regelfall

Hartz-IV-Mieten in der Prüfung durch das JobCenter Von Hartmut Seefeld

Das JobCenter Pankow zählte im Februar dieses Jahres 31.014 Bedarfsgemeinschaften (Haushalte) mit 46.416 Betroffenen. 36.699 von ihnen sind erwerbsfähige Leistungsempfänger im Sinne der Hartz IV-Gesetzgebung. Für einige dieser Bedarfsgemeinschaften ist jetzt eine neue Etappe angebrochen. Laut Axel Hieb, Leiter des JobCenters, haben im Februar dieses Jahres 412 Bedarfsgemeinschaften einen Anhörungsbögen von seiner Einrichtung zugesandt bekommen, weil deren Miete über den vom Berliner Senat am 7. Juni 2005 erlassenen Richtwerten lag (Siehe Tabelle). In Auswertung dieser Bögen werden Mieten von Hartz-IV-Haushalten nur noch in Höhe der jeweils zutreffenden Richtwerte vom JobCenter beglichen. Ist die Miete höher als der Richtwert, wird der betroffene Mieter allerdings nicht automatisch aufgefordert, seine Wohnung aufzugeben. Ihm steht es zunächst frei, die Differenz zwischen den angemessenen und den tatsächlichen Unterkunfts-kosten aus eigener Kraft zu bedienen, etwa durch Untervermietung. Auch die Möglichkeit der Selbstbeteiligung wird den Hilfeempfangenden eingeräumt. In Pankow wurden bis Ende März 58 Haushalte vom JobCenter aufgefordert, entsprechend zu reagieren.

Ausnahmen und Besonderheiten

Im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern gibt es in Berlin einige Ausnahmeregelungen und Besonderheiten. So spielt bei den Berechnungen der Angemessenheit die Wohnungsgröße überhaupt keine Rolle. Es kann also durchaus sein, dass ein Single in einer 80 m² großen Dreiraumwohnung wohnen bleiben kann, wenn die Bruttowarmmiete unter 360 Euro beträgt. Aufgrund der für deutsche Großstädte eher moderaten Mieten in der Hauptstadt trägt diese Festlegung wesentlich dazu bei, dass die vielbeschworenen Massen-

Gültige Richtwerte für Hartz-IV-Haushalte in Berlin (Brutto-Warmmiete)

1-Personenhaushalt:	360 Euro
2-Personenhaushalt:	444 Euro
3-Personenhaushalt:	542 Euro
4-Personenhaushalt:	619 Euro
5-Personenhaushalt:	705 Euro

Für jede weitere Person erhöht sich der Richtwert um 50 Euro.

umzüge in der prognostizierten Größenordnung nicht stattfinden. Das Büro TOPOS Stadtforschung hatte im Sommer 2005 zunächst schon mal 50.000 bis 70.000 Zwangsumzüge vorhergesehen und diese Zahl dann einige Wochen später zunächst auf 35.000 bis 40.000 betroffene Haushalte herunterkorrigiert. Stichproben in Friedrichshain-Kreuzberg durch das dortige JobCenter haben dann per Hochrechnung maximal 2.000 Umzüge im Rahmen von Hartz IV für ganz Berlin zum Ergebnis.

Zu diesem niedrigen Wert beigetragen haben wohl auch die diversen Ausnahmegenehmigungen. Alleinerziehende, Schwangere, über 60jährige, Familien mit kleinen Kindern sowie Hilfeempfänger, die seit über 15 Jahren in ihrer Wohnung leben, können die Richtwerte für die Miete um zehn Prozent überschreiten. Auch für Behinderte in eigens ausgestatteten Wohnungen, etwa Rollstuhlfahrer, gilt diese Sonderregelung. Für Betroffene mit einer sehr schweren Krankheit oder Behinderung sowie für Bezieher von einmaligen bzw. kurzfristigen Hilfen und für Alleinerziehende mit zwei oder mehr Kindern, denen nach Aufgabe ihrer Wohnung die Obdachlosigkeit drohen würde, werden auch bei Überschreiten der Richtwerte die kompletten Wohnkosten vom JobCenter übernommen. Doch auch wenn die Angemessen-

heitsprüfung durch das JobCenter ergibt, dass die Wohnkosten den jeweiligen Richtwert übersteigen, droht noch nicht der umgehende Verlust der Wohnung. Zunächst wird dem betroffenen Mieter die Möglichkeit eingeräumt, die Finanzierung des Differenzbetrags auf andere Art zu organisieren. Dafür hat er sechs Monate Zeit. In besonderen Fällen kann diese Frist auch zwölf Monate betragen. Zudem räumt die Hartz-IV-Regelung dem Mieter kein Sonderkündigungsrecht ein. Bei entsprechender Wohndauer kann die Kündigungsfrist für die Mietwohnung bis zu zwölf Monate betragen.

Umzugsregeln

Ist der Umzug dann eines Tages doch unvermeidlich, gelten eindeutige Regeln. Der betroffene Mieter muss vor Unterzeichnung des neuen Mietvertrags die Zusicherung des JobCenters einholen, wo die Hintergründe und Konditionen zuvor geprüft werden. Erst dann darf er als Zuwendungsempfänger den neuen Mietvertrag unterschreiben. Auch der Umzug aus einer Wohnung, die den Richtwerten entspricht, in eine andere, vielleicht größere Wohnung, die sich trotzdem noch im Kostenlimit befindet, muss beantragt werden und braucht für eine Zustimmung ganz besondere Gründe, wie etwa die Trennung der Lebenspartner, die Aufnahme einer Tätigkeit außerhalb Berlins oder eine gesundheitliche Gefährdung. Ansonsten verweigert das JobCenter einen solchen Wohnungswechsel.

Kommt es schließlich zum Umzug, soll dieser weitgehend in Selbsthilfe mit Familienangehörigen organisiert werden. Marktübliche Kosten für Mietauto, Umzugskartons etc. werden vom JobCenter übernommen. Für Helfer wird auch eine Unkostenpauschale von je 20 Euro bezahlt. Wenn allerdings der Umzug nicht aus eigenen Kräften realisiert werden kann, übernimmt das JobCenter auch die Kosten für eine Umzugsfirma. Dazu müssen jedoch drei Kostenvoranschläge eingeholt und im JobCenter vorgelegt werden. Bei gleichen Leistungsinhalten wird generell dem günstigsten Angebot der Vorzug gegeben.

Pankower Moschee

Die seit 55 Jahren in Deutschland ansässige islamische Ahmaddyya-Reformgemeinde mit bundesweit ca. 30.000 Mitgliedern plant den Neubau einer Moschee im Bezirk Pankow. Das zweistöckige Gotteshaus mit zwei Gebetsräumen und einem zwölf Meter hohen Minarett soll auf einem knapp 5.000 m² großen Grundstück an der Tiniusstraße/Ecke Prenzlauer Promenade im Ortsteil Heinersdorf entstehen. Eine Bauvoranfrage der Gemeinde hat das Bezirksamt bereits positiv beschieden. Bei der öffentlichen Vorstellung des Projekts am 9. März im BVV-Ausschuss für Stadtentwicklung, bei der Anwohner vielfältige Bedenken und Einwände vorbrachten, erklärte der Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Martin Federlein: »Nach den Bestimmungen des Baurechts liegt kein Grund für eine Versagung der Baugenehmigung vor«. Die Ahmaddyya-Gemeinde, die in Berlin 200 Mitglieder zählt, will das Grundstück an der Tiniusstraße ankaufen und eine Million Euro in den Bau der Moschee investieren. Für die 210.000 in Berlin offiziell registrierten Muslime gibt es zurzeit rund 120 Moscheen und Versammlungsräume.

Schönere Brückenpfeiler

In der BVV ist eine Diskussion um die optische Gestaltung der beiden Widerlager der neuen Bahnbrücke über die Berliner Straße in Pankow entbrannt. »Die Betonflächen werden bereits beschmiert und stellen darum keine gute Gesamtansicht am Eingangstor zum Pankower Zentrum dar«, hat der CDU-

Bezirksverordnete Ulrich Eichler beobachtet und fordert eine Verkleidung der Flächen, etwa mit historischen Klinkersteinen. Aufwertungsbedarf sieht auch der Linkspartei-Verordnete Thoralf Sahn. Er empfiehlt eine angemessene künstlerische Gestaltung, etwa durch jugendliche Graffiti-Künstler. Über beide Vorschläge konnte man sich im zuständigen Ausschuss für Stadtentwicklung nicht einigen. Nun soll die Kommission Kunst am Bau des Bezirks Vorschläge erarbeiten. Wer dann die Realisierung einer Idee bezahlen wird, ist noch offen. Die Deutsche Bahn AG, in deren Eigentum sich die vom Senat bezahlte Brücke jetzt befindet, verweist auf die langwierige Diskussion im Vorfeld, an der auch der Bezirk beteiligt war. »Die konkrete Umsetzung des Brückenneubaus war letztlich ein Konsensbeschluss«, erklärt der Projektleiter Jürgen Boetzius.

Attraktive Postkarte

Das Tourist Information Center (TIC) des Bezirks hat jetzt eine Multimedia-Postkarte veröffentlicht, deren wichtigster Bestandteil eine Mini-Disk ist, die einen informativen Überblick über Sehenswürdigkeiten und Erlebnisangebote besonders in Prenzlauer Berg gibt. Die versandfähige Karte wurde in einer Auflage von 1.500 Exemplaren produziert, zwei Drittel davon mit einer DVD in deutscher und englischer Sprache. Das neue Info-Medium kann in Hotels und im TIC im Maschinenhaus in der Kulturbrauerei für 2,50 Euro erworben werden.

Laut Wirtschaftsstadträtin Almuth Nehring-Venus ist diese mit Fördergeldern produzierte Multimedia-



©TICPrenzlauer Berg

Multimedia-Grüsse aus dem Szene-Kiez per DVD-Postkarte.

Postkarte mit dem fünfminütigen Spielfilm über Prenzlauer Berg ein Pilotprojekt. »Wir wollen aber in einer weiteren Auflage verstärkt auch Weißensee und Pankow in dem Film präsentieren«, erklärte sie anlässlich der Präsentation des Projekts am 20. März. Für dieses Vorhaben müssen allerdings vor allem auch Partner in der lokalen Wirtschaft als Sponsor gefunden werden. Nehring-Venus ist in dieser Hinsicht optimistisch: »Wir machen uns sichtbar, daran kann die Tourismus- und Kulturwirtschaft im Bezirk nur Interesse haben«.

Städtebaulicher Denkmalschutz

Mit dem im Juni 2005 vom Bezirksamt Pankow gefassten Beschluss, für das Gebiet Teutoburger Platz im südlichen Teil von Prenzlauer Berg eine Rechtsverordnung zum Erhalt der städtebaulichen Eigenart aufzustellen, wurde die Möglichkeit eröffnet, für bauliche Maßnahmen, die der Umsetzung der mit der Verordnung verfolgten Zielen dienen, Fördermit-

tel aus dem Bund-Länderprogramm »Städtebaulicher Denkmalschutz« in Anspruch zu nehmen. Dabei werden vorrangig kommunale Gebäude und Flächen berücksichtigt. Nachdem die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bereits im dritten Quartal 2005 insgesamt 500.000 Euro für Maßnahmen zum Erhalt des Praters in der Kastanienallee zugesagt hatte, hat sie dem Bezirk jetzt die Entscheidung zu den Förderobjekten für die Programmplanung 2006 und 2007 mitgeteilt. Danach sind für die Sanierung des Praters (Vorderhaus und Saalgebäude) weitere 1,1 Millionen Euro vorgesehen. Je eine Million Euro werden für Sanierungsmaßnahmen in der 21. Grundschule in der Schönhauser Allee und für die Gestaltung des Straßenraums in der Oderberger Straße bewilligt, und insgesamt 1.2 Millionen Euro stehen für die Erneuerung von Gehwegen in der Lottumstraße, der Angermünder Straße und der Kastanienallee zur Verfügung. Das Gebiet um den Teutoburger Platz gilt als stadthistorisch und architektonisch wertvolles Zeugnis der Stadtentwicklung Berlins.

Mieterberatung Prenzlauer Berg

Lettestraße 5
Dienstag 14 bis 19 Uhr
Beratung mit Anwalt/Anwältin
17 bis 19 Uhr
Donnerstag 10 bis 12 Uhr, 14 bis 19 Uhr
Beratung mit Anwalt/Anwältin
16.30 bis 18.30 Uhr
Gebiet Humannplatz:
Donnerstag 10 bis 12 Uhr
Gebiet Grellstraße/Ostseestraße:
Mittwoch 14 bis 16 Uhr
mit Anwalt/Anwältin
☎ 4 46 85 90
Christburger Straße 44
Montag 10 bis 13 Uhr
Dienstag 14 bis 19 Uhr
Beratung mit Anwalt/Anwältin
16 bis 18 Uhr
Donnerstag 10 bis 13 Uhr, 14 bis 19 Uhr
Beratung mit Anwalt/Anwältin
16 bis 18 Uhr
☎ 4 43 85 90
Templiner Straße 17
Beratung mit Anwalt/Anwältin
Montag 15 bis 16.30 Uhr
Käthe-Niederkirchner-Straße 12
Beratung mit Anwalt/Anwältin
Montag 17 bis 19 Uhr

Gleimstraße 46
Beratung mit Anwalt/Anwältin
Mittwoch 16.30 bis 19 Uhr

Mieterberatung Weißensee – SPAS

Gürtelstraße 12
Dienstag 10 bis 13 Uhr, 17 bis 20 Uhr
Mittwoch 10 bis 13 Uhr, 15 bis 18 Uhr
Donnerstag 15 bis 18 Uhr
☎ 91 20 58 13
Beratung mit Anwalt/Anwältin
Dienstag 17 bis 20 Uhr

Mieterberatung Pankow – FSW

Florastraße 72
Dienstag 10 bis 12 Uhr, 13 bis 18 Uhr
ab 16 Uhr mit Rechtsanwalt
Mittwoch 9 bis 13 Uhr
Donnerstag 10 bis 12 Uhr, 14 bis 19 Uhr
☎ 4 85 53 08

S.T.E.R.N.

Sanierungsbeauftragter für die
Sanierungsgebiete in Prenzlauer Berg
Schwedter Straße 263, ☎ 44 36 36 30

Planungsgruppe WERKSTADT

Sanierungsbeauftragter für Weißensee
10245 Berlin, Boxhagener Straße 16
☎ 29 47 747

Büro für Stadterneuerung

Sanierungsbeauftragter für Pankow
10777 Berlin, Motzstraße 60
☎ 85 75 77 10

Sanierungs- verwaltungsstelle

10407 Berlin, Storkower Straße 139c,
☎ 90 295 35 68 (Prenzlauer Berg)
☎ 90 295 35 81 (Pankow)
☎ 90 295 35 59 (Weißensee)

Betroffenen- vertretungen

Helmholtzplatz
Kiezladen, Dunckerstraße 14
Mieterberatung Dienstag 18 Uhr,

ab 19 Uhr BV-Treffen;
e-mail: bv-helmi@web.de

Kollwitzplatz
Spielhaus ASP, Kollwitzstraße 35
2. und 4. Mittwoch 20 Uhr BV-Treffen

Teutoburger Platz
Templiner Straße 17
1. Mittwoch 20 Uhr BV-Treffen

Winsstraße
Winsstraße 60; ☎ 44 01 06 35
2. und 4. Mittwoch 19 Uhr BV-Treffen
Beratung mit Anwältin:
2. und 4. Freitag 16 bis 18 Uhr

Bötzowstraße
Käthe-Niederkirchner-Straße 12
☎ 4 25 11 00
1. und 3. Montag 19.30 Uhr BV-Treffen;
Mietrechtsberatung mit Anwalt:
jeden 1. und 3. Dienstag 18 bis 19 Uhr

Komponistenviertel (Weißensee)
Mahlerstraße 12/14
3. Donnerstag 19 Uhr BV-Treffen
☎ 92 30 282; www.komponistenviertel.de

Wollankstraße (Pankow)
Florastraße 74, ☎ 43 72 47 25
letzter Donnerstag ab 19 Uhr BV-Treffen



© Albrecht Molle

Im Zuge der vom Bezirksamt für 2008/09 geplanten Kreuzungsumbauten in der Stargarder Straße im Sanierungsgebiet Helmholtzplatz soll die Umgestaltung der stark frequentierten Kreuzung Stargarder Straße/Dunckerstraße zeitlich vorgezogen und noch vor Ende dieses Jahres begonnen werden. Damit soll vor allem die Schulwegsicherheit für die Schülerinnen und Schüler der Thomas Mann-Grundschule in der Greifenhagener Straße und der beiden Gymnasien in der Dunckerstraße erhöht werden. Das hat die BVV Pankow am 1. März auf Empfehlung ihres Verkehrsausschusses beschlossen.

Impressum
Vor Ort wird herausgegeben von der Mieterberatung Prenzlauer Berg, Gesellschaft für Sozialplanung mbH
Redaktion und V.i.S.d.P.
Albrecht Molle, ☎ 90 295 31 40
Hartmut Seefeld, ☎ 90 295 31 42
Fax 90 295 31 41; e-mail vorort-berlin@t-online.de
Storkower Straße 139c, 10407 Berlin
Gestaltung Hartmut Seefeld
Titelfoto Alexej Brykowski
Vertrieb Agentur Meinicke
Druck DMP Digitaldruck GmbH
Redaktionsschluss: 24. März 2006